

3. Treffen der Arbeitskreise zu den Themen Fremdarbeiter, Sinti und Roma, Neonazismus, Frauen im Dritten Reich.

Schließlich werden hier die Informationen erstellt: der Rundbrief, die Pressemitteilungen usw. Hier laufen inzwischen auch die Anfragen zu NS-Zeit und Neonazismus in Bonn zusammen. Daraus ergeben sich Hilfestellungen und Projektangebote.

Es ist auch hinzuweisen auf die inzwischen auf 400 Bände angewachsene Bibliothek im Verkhäus, die fachgerecht eingerichtet wurde.

Zu erwähnen ist ferner der Kontakt zu Organisationen, die themenverwandt arbeiten, zu anderen Gedenkstätten in der Bundesrepublik, und die Teilnahme an Tagungen der Gedenkstätteninitiativen.

Ich finde es erfreulich, daß es mit unserem jungen Verein an der Synagoge jetzt drei Vereinigungen in Bonn gibt, deren Arbeitsgebiet und Anliegen sich in der Bemühung um das Judentum in Geschichte und Gegenwart berührt. Sie haben sehr unterschiedliche Mitglieder, die natür-

lich auch den Arbeitsstil bestimmen.

Wenn sie zusammenarbeiten, besteht vielleicht die begründete Hoffnung, daß in der Bonner Bürgerschaft die Aufgabe gesehen wird, unsere Vergangenheit nicht zu verdrängen, sondern aufzuarbeiten, gerade auch im Blick auf die Zeit, in der wir leben.

Der Verein zählt jetzt 86 Mitglieder und 25 Mitgliedsorganisationen. Es könnten mehr sein, letztendlich wegen des Haushalts des Vereins, der schwach ist. Werbung tut also not, vor allem in der Bürgerschaft.

Aber es wäre auch gut, wenn die jetzigen und die potentiellen Mitglieder sich noch mehr an der Gestaltung des Vereins und seiner Aufgaben beteiligen würden.



George Grosz, Wir werden es Ihnen beibringen, 1935

Beklemmung nach Todesanzeige für Wannseekonferenz-Teilnehmer

Ehemaliger SS-Offizier und späterer Anwalt als Wohltäter gerühmt / Bei Beratungen über die Anzettung der Juden dabei

FA 8.2.

ULM/BERLIN, 4. Februar (AP/dpa). Empört hat sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, über die Anzeige geküßert, die nach dem Tode des letzten Teilnehmers der berüchtigten Wannseekonferenz erschienen ist. Der Rechtsanwalt Gerhard Klopfer, der einst als Vertreter der Parteikanzlei Adolf Hitlers an den Beratungen über die „Endlösung der Judenfrage“ teilgenommen hatte, war vor einigen Tagen in Ulm gestorben.

In der Montagsausgabe der Ulmer „Südwest-Presse“ veröffentlichte die Familie des Juristen, der am 18. Februar 82 Jahre alt geworden wäre, eine Todesanzeige, in der es hieß: „... nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflußbereich waren.“ Am Mittwoch brachte die „Südwest-Presse“ einen Bericht über den Tod dieses Mannes, in dem der Verfasser unter anderem schrieb: „Bei einigen Ulmern hat die in unserer Zeitung veröffentlichte Todesanzeige am letzten Montag Beklemmung hervorgerufen... Die Witwe der Verstorbenen (Klopfer heiratete sie vor zehn Jahren nach dem Tod seiner ersten Frau) erklärte gegenüber unserer Redaktion, daß damit in erster Linie die Bekannten und Klienten aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint seien. „Es ist auf alle die bezogen, die uns so oft erklärt

haben, wie anständig er sich ~~were~~ verhalten hat.“ Dies habe aber auch für sein Wirken im Nazi-Staat gegolten, wo er gegenüber oberen Stellen Bedenken gegen Dinge angemeldet habe, die unanständig waren und für die er anständige Lösungen suchte.“

Klopfer, 1905 in Schreierdorf (Riesengebirge) geboren, war nach Angaben der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen am 1. April 1933 in die NSDAP eingetreten und „in rascher Folge“ befördert worden, zuletzt am 9. November 1944 zum SS-Obergruppenführer, einem Rang, der dem eines Generals entspricht. Gleichzeitig war er Staatssekretär in der von Martin Bormann geleiteten Parteikanzlei Hitlers. Am 20. Januar 1942 gehörte er zu den insgesamt 15 Teilnehmern der Konferenz in der Villa am Großen Wannensee 56/58 in Berlin, in der Reinhard Heydrich vom Reichssicherheitshauptamt die Pläne für die Ermordung von Millionen Juden in Europa darlegte. Nach dem Kriege wurde Klopfer entnazifiziert, ließ sich dann im Raum Ulm/Neu-Ulm und später in Ulm nieder, wo er als Rechtsanwalt nach Angaben der „Südwest-Presse“ ein „unauffälliges Leben“ führte.

Eine Strafanzeige der Ludwigsburger Zentralstelle gegen Klopfer wegen der Teilnahme an der Wannseekonferenz

wurde von der Staatsanwaltschaft Ulm am 29. Januar 1962 eingestellt, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß er zur Judenvernichtung beigetragen hat (Aktenzeichen 4 JS 15 236/60). Auch weitere Strafanzeigen von Privatpersonen gegen Klopfer wurden von der Staatsanwaltschaft Ulm eingestellt.

Als „empörend“ bezeichnete nun Galinski die Würdigung Klopfers in der Todesanzeige. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz, sagte der AP, der Wortlaut dieser Anzeige sei „so empörend“, als erst im letzten Monat in Berlin der 45. Jahrestag der Wannseekonferenz begangen worden sei. „Gleichzeitig kritisierte Galinski einen Beitrag der SFB-Sendung „Kontraste“ vom 27. Januar, in der mehrere ältere Intellektuelle Zweifel an der Massenermordung von Juden während des Zweiten Weltkrieges geäußert und Fotos sowie Filme über die Berge von Leichen und ihrer Hülle als Fälschungen bezeichneten. Enttäuschung äußerte Galinski darüber, daß das Fernsehen solchen Menschen überhaupt die Gelegenheit biete, diese Ansichten zu äußern. Noch bitterer sei jedoch die Erkenntnis, daß es Menschen gebe, die nicht nur unbekannt gewesen, sondern es auch offensichtlich geblieben seien.“

Vorletzter Überlebender der Wannseekonferenz war der ehemalige Reichsamtseiler Leibbrandt aus dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, der vor wenigen Jahren starb.

★

OTTAWA (AFP). Die kanadische Regierung soll den Ausschuß, der über in Kanada lebende ehemalige Nazi-Kriegsverbrecher ermittelt, aufgefordert haben, einen Teil seines Berichts umzuschreiben. Wie ein Regierungsvertreter, der nicht genannt werden möchte, am Montag in Ottawa mitteilte, soll damit verhindert werden, daß die Öffentlichkeit die Betroffenen identifiziert.

Der Ausschußvorsitzende, Richter Jules Deschamps, hatte am 23. Dezember letzten Jahres nach fast zweijährigen Ermittlungen seinen Bericht vorgelegt, dessen einer Teil zur Veröffentlichung bestimmt ist, während der andere als vertraulich eingestuft werden soll. Namen werden nur im zweiten Teil angegeben, in denen auch Maßnahmen für den Fall empfohlen werden, daß genügend Beweismaterial zusammenkommt. Verschiedene Regierungsmitglieder fürchteten jedoch, im ersten Teil enthaltene Angaben wie Ankunftsdaten, Aufenthaltsort oder Staatsbürgerschaft könnten zur Identifizierung führen.